

Freihandel – zugunsten der Konzerne – zu Lasten des Gemeinwohls?

Impulsreferat für eine Podiumsdiskussion am 16. März 2019 bei der Fair-Handeskonferenz (15.-17. März 2019) im DGB-Haus München

Als Theologe, also als Nichtfachmann in Wirtschaftsfragen, gehe ich das Thema in einem Dreischritt an: Ich versuche (1.) zu sehen, was ist; nenne dann (2.) ein Kriterium, das eine Analyse ermöglicht und versuche (3.) Handlungsvorschläge zu benennen.

I.

Zum ersten Schritt: Die Situation erschließt sich mir unter folgenden Fragen:

1. Werden jene, die die Waren herstellen oder verarbeiten (im Inland oder Ausland), gebührend belohnt; 2. Welche Rolle spielt das Kaufverhalten unserer Zeitgenossen? 3. Welche Bedeutung kommt den Handlungswegen und vor allem den Handelskonzerne zu?

Zur ersten Frage weiß ich nur: Konzerne und Großfirmen lassen im Ausland arbeiten, und zwar in jenen Ländern, in welchen das Lohnniveau niedrig ist und viele Menschen dort für diesen geringen Lohn arbeiten, weil sie sonst überhaupt keine Arbeit fänden. Ob und wie weit hier Ungerechtigkeit vorliegt, können wir nur dann beurteilen, wenn wir auf zwei Punkte schauen: Sind die lebenswichtigen Waren in diesen Ländern auch entsprechend billiger? Und dient diese Art, dort Arbeitsplätze zu schaffen, wirklich dem Gemeinwohl dieser Länder? An beidem möchte ich zweifeln. Als Konsument stehe ich in einer Zwickmühle: Kaufe ich Waren, die unter solchen Bedingungen hergestellt sind, nicht, um diese Praxis der Konzerne zu desavouieren,

dann desavouiere ich zugleich die Arbeit dieser Armen, die sonst gar nichts verdienen. Hierin zeigt sich meine Ohnmacht gegenüber dem gewachsenen Systemen in der kapitalistischen Welt.

Die zweite und dritte Frage schließen hier an und greifen ineinander: Ich schaue zuerst auf unser Land und dann auf den Welthandel. Früher war es auch bei uns ein Vorteil, beim Hersteller einer Ware, also beim Bäcker oder beim Handwerker direkt zu kaufen, weil er fußläufig zu erreichen war und – was den Handwerker betrifft – er ggf. schnell auch für Reparaturen geholt werden konnte. Der wohnungsnahe Handelsplatz hatte also kurze Einkaufswege und bot zudem Sozialkontakte. Man traf beim Einkauf Leute, begrüßte sie und konnte mit ihnen reden.

Heute sind die meisten Leute motorisiert. Sie empfinden es als Vorteil, mehrere Einkäufe auf einmal tätigen zu können. Und wenn alles, was sie brauchen, in einem Supermarkt (Konzern) zu bekommen ist, kaufen sie dort ein, da sie die Sachen nicht weit tragen müssen. Zudem können sie dort günstiger einkaufen, da die Konzerne, welche diese Märkte betreiben, selbst wesentlich billiger einkaufen als es ein (nur im Land produzierender oder einkaufender) Einzelhändler kann. Beispiel: Ein Päckchen Frühlingszwiebel kostete (vorigen Mittwoch) im Viktualienmarkt 1,83.- Euro (er stammte aus einem Treibhaus in der Nähe von München), bei Rewe kostete der gleichgroß Zwiebelpack -.65 Cent. (Er kam aus Spanien). Diese Konkurrenz ist nicht mehr lange auszuhalten. Der regionale Markt wird bald verschwinden oder auch beliefert von den von weither kommenden Produkten.

Weltweit geschieht das Gleiche. Die Billigwaren landwirtschaftlicher Produkte aus Großbetrieben oder der Massentierhaltung in Brasilien oder den USA oder anderen Ländern werden nicht nur unsere Märkte, sondern noch mehr die Märkte in Afrika überschwemmen und die dortige

Produktion vernichten. Die Konzerne streben nach immer neuen Märkten, vornehmlich in unterentwickelten Ländern. Sie versuchen Handelsabkommen zu erzwingen – in Eile und oft in Verhandlungen (sie wagen, wie ich gelesen habe, den Regierungen kurze Zeitpunkte zu diktieren und verhandeln meist ohne öffentliche Transparenz. Die Regierungen auch bei uns in Europa sind meist erst im letzten Schritt eingebunden, durchschauen nicht die Folgen für diese Länder und ihre Wirtschaft und Kultur. Vieles, was da als Argumente angeführt wird, klingt nach leerer Rhetorik: Arbeitsplätze schaffen! Dies sagen die Gleichen, die – trotz übergroßer Gewinne – an anderen Orten Arbeitsplätze vernichten, um die Gewinne nochmals zu maximieren. Wo der Handel zu einer leitenden Politik wird und nicht all die anderen Bereiche der Wirtschaft eines Landes im Fokus stehen wie z.B. Agrarwirtschaft, Rohstoffwirtschaft, Waffenwirtschaft, wo also letztlich die Konzerne die Linie bestimmen, da werden die lokalen Entscheidungen von den weltweiten Macht-Konzernen überfrachtet und nicht mehr von den lokalen Autoritäten bestimmt. Das ist meine Vermutung, die ich mir aus dem, was ich wahrnehme, zusammenreime.

Kehre wir zurück zur Frage, was sich bei uns noch tut: Eine nochmalige Variante im Handel spielt in unserer direkten Alltagswelt eine nicht unbedeutende Rolle: der Online-Handel (Amazon). Handelsbetriebe müssen aufgeben. Ich nehme dies wahr: Zwei Buchhandlungen, bei denen ich des Öfteren vorbeischaute, haben im letzten Jahr geschlossen. Hier muss man nicht einmal mehr aus dem Haus gehen, die bestellten Waren (im Fall der Bücher ist sie gleich teuer, da es ja eine Preisbindung gibt) kommen mit der Post bzw. einer Paketfirma. Auch Supermärkte bieten diesen Online-Handel an – und offensichtlich nehmen zunehmend mehr Leute diesen in Anspruch. Großkonzerne erhalten durch diese On-

line-Praxis einen weiteren Einfluss. Den Buchhändler, der bestimmte Artikel vorsortiert und der beraten kann, wird es bald nicht mehr geben.

Soweit meine Überlegungen zum ersten Schritt „sehen“. Aus dem Wahrgenommen hege ich den Verdacht, dass die Gewinne der Konzerne dem Gemeinwohl (in den Ländern aller Beteiligten) kaum förderlich sind.

II.

Im zweiten Schritt, der Frage nach Beurteilungs-Kriterien, kann ich als Theologe nur auf das grundlegende Prinzip verweisen, das mir für eine urteilende Analyse wichtig erscheint, das Solidaritätsprinzip.

Plausibel ist, was schon antike Philosophen formulierten: Der Mensch ist ein „zoon politikon“ – ein Gemeinschaftswesen. Allein kann ein Mensch nicht existieren. Und nicht nur als Kleinkind ist er angewiesen auf die anderen. Ich könnte keine Frühstückssemmel essen, wenn es nicht den Bäcker gäbe, nicht den Bauer, nicht den Müller, nicht die Tausende von Arbeitern, welche die Backmaschinen, die Transportmaschinen, die Straßen und all die anderen Gemeinschaftseinrichtungen geschaffen hätten, die alle notwendig waren, damit die Semmel zu mir kommen konnte. Ein Sozialwesen ist der Mensch, und doch ist er Mensch als Einzelner, als Person. Diese wesenhafte Vorgabe ist Basis für das Solidaritätsprinzip. Es sucht grundlegend das Verhältnis Einzelmensch und Gemeinschaft zu bestimmen. In vielen Gemeinschaften oder Gesellschaften lebt der Mensch in einer Familie, in einer Kulturgemeinschaft, in Arbeitsgemeinschaften, in einer Staatsgemeinschaft, in der Weltgemeinschaft. Das Solidaritätsprinzip besagt: Die Aktivitäten aller dieser Gemeinschaften müssen das Wohl des Einzelmenschen im Blick haben, und gleichzeitig muss der Einzelne nach seinen Kräften und Möglichkeiten etwas für das Gemeinwohl jeder

dieser Gemeinschaften beitragen. Einfach ausgedrückt: Alle für einen, einer für alle!

Was Gemeinwohl meint, darf ich in einer Definition des Sozialwissenschaftlers Nell-Breuning fassen: Gemeinwohl ist der „Inbegriff alles dessen, was als Voraussetzungen, Vorbedingungen oder Veranstaltungen in einem Gemeinwesen verwirklicht sein muss, damit die einzelnen durch Regen ihrer eigenen Kräfte ihr individuelles und gesellschaftliches Wohl (ihre Teilhabe am Gemeingut) zu erringen vermögen.“¹ Politisch heißt das:

Da der Mensch als Individuum dazu neigt, zunächst auf sich zu schauen und von den Gemeinschaften eher zu fordern als zu geben, braucht es Ansporne und Regelungen, sein Handeln für die *Communio*, also für das Gemeinwohl, einzufordern. In den Primärgruppen (Familie, Freundskreis, evtl. noch Verein) sind es emotionale Bindungen und naturhafte Strebungen, welche die Gemeinschaftsordnung prägen und das gemeinsame Wohl fördern. In den Staatsgemeinschaften braucht es Autoritäten, welche Gesetze erlassen, die die Aufgaben des Einzelnen festlegen und sie notfalls erzwingen, so dass jeder etwas für das Gemeinwohl beiträgt – und seien es nur Steuern und seine Arbeitskraft. Sie müssen den Einzelegoismus und den Gruppenegoismus in Grenzen halten, ja ihn evtl. fruchtbar machen für das Gemeinwohl. Das Gemeinwohl in einem Staat besteht darin, „die Bedingungen für das Wohlergehen der Staatsbürger zu garantieren – besonders durch Rechtssicherheit nach innen und außen. Diese Gerechtigkeit hat Vorrang vor rangniedrigeren Gütern und Werten. Deshalb muss gelten: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.“² Was wir in der

¹ Walter Kerber, in: Art. Gemeinwohl, in: LThK 4, ³1995, Sp. 440

² Ebd.

Neuzeit unter den Begriff der „Menschenrechte“ fassen, muss jedem Glied einer Gemeinschaft garantiert werden.

Für die Weltgemeinschaft gibt es noch keine wirksamen vergleichbaren Autoritäten – und das ist (trotz der Welthandelsorganisation WTO) eines unserer Probleme vor allem auch für den Welthandel. Hier sind wohl Nachbesserungen nötig bzw. die Einbindung in die gesamte Wirtschaftskultur der unterschiedlichen Regionen erweist sich, wenn ich recht sehe, als unzureichend. Die staatlichen Autoritäten müssen sich neu zusammensetzen und das Welt-Gemeinwohl noch mehr als bisher in den Blick nehmen und einfordern. Dies scheitert konkret weithin durch bestehende Nationalismen und wird durch neu entstehende behindert, die nicht bedenken, dass kurzfristige Zusatzgewinne langfristig auf das eigene Land zurückschlagen können. Natürlich muss die erste Sorge einer Regierung das Wohl des eigenen Volkes sein. Aber jedes Volk steht in der Völkergemeinschaft und ist somit Teil der Weltgemeinschaft. Wenn es anderen Völkern schlecht geht, wird es bald auch unserem Volk schlecht gehen. Im Zeitalter der Globalität und auch der Kommunikationseinheit braucht dies Regelungen, welche das Welt-Gemeinwohl sichern. Und damit bin ich bei meinem dritten Schritt: Handeln bzw. welche Ansätze können wir finden, dass der Handel sowohl im Binnenland, als auch als Welthandel gerecht bleibt oder wird.

III.

Das Ganze, so scheint mir, bewegt sich immer in einem labilen Gleichgewicht. Ich kann aus meinem Blickwinkel heraus nur zwei generelle Zielrichtungen benennen, die mir anzustreben notwendig erscheinen: vorschlagen: Die eine heißt: Die nur auf Wirtschaftlichkeit ausgerichteten und auf Expansion abzielenden Konzerne müssen in ihrem Machtstreben gestoppt werden, da sie durch ihre

Handelspraktiken die Regierungen und Völker überfremden. Und ein Zweites, eher gesellschaftliches und kulturelles Phänomen, das ich als Basis dafür ansehe, dass die Konzerne so groß werden konnten, müssen wir in ihrer Gefährlichkeit entlarven: Die Dominanz des rein ökonomischen Denkens. Dass alle Bildung auf Berufskarriere zielt, dass die wirtschaftlichen Denkweisen sogar die Universitäten überfremdet – der Professor zählt nur, wenn er Drittmittel einwirbt – und alle Dienste nur am Geld gemessen werden, stört die Beziehungen der Menschen und mindert die Kultur unseres Volkes in hohem Maße.

Literatur: Enzykliken: Leo XIII. Rerum novarum; Pius XI. Quadragesimo anno; Franziskus: Laudato si; Alfred Klose, Wolfgang Mantil, Valentin Zsifkovits, Katholisches Soziallexikon, Graz-Wien-Köln ²1980.